Satzung

der Stadt Lüchow (W.) über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten (Sondernutzungssatzung)

Auf Grund der §§ 6, 8 und 40 Absatz 1 Nummer 4 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in Verbindung mit § 18 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) und § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Lüchow (Wendland) in seiner Sitzung am 29.08.2005 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Sachlicher Geltungsbereich

- 1) Diese Satzung gilt für Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landesstraßen sowie Kreisstraßen im Stadtgebiet.
- 2) Zur öffentlichen Straße gehören der Straßenkörper, der Luftraum über dem Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen.

§ 2

Erlaubnispflicht für Sondernutzungen

- 1) Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, bedarf der Gebrauch der in § 1 bezeichneten Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) der Erlaubnis der Stadt. Zur erlaubnispflichtigen Sondernutzung zählen auch
 - a) das Aufstellen von Fahrradständern und Pflanztöpfen auf Gehwegen, wenn dadurch die Leichtigkeit und Sicherheit des Fußgängerverkehrs beeinträchtigt wird,
 - b) das Aufstellen von Stellschildern,
 - c) das Aufstellen von ambulanten Verkaufsstellen,
 - d) das Musizieren auf Plätzen und Gehwegen.
- 2) Ist nach den Vorschriften des Straßenverkehrsrechts eine Erlaubnis für eine übermäßige Straßenbenutzung oder eine Ausnahmegenehmigung erforderlich, bedarf es keiner Erlaubnis nach Absatz 1 (§ 19 NStrG/§ 8 Absatz 6 FStrG).
- 3) Nach anderen gesetzlichen oder ortsrechtlichen Vorschriften erforderliche Erlaubnisse oder Genehmigungen bleiben unberührt. Dazu gehören unter anderem die Niedersächsische Bauordnung und die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung in der Stadt Lüchow (Wendland) zu Erhaltung und Gestaltung des Stadtbildes der Innenstadt und zur Regelung der Außenwerbung.

§ 3

Erlaubnis

- 1) Öffentliche Straßen dürfen für Sondernutzungen erst in Anspruch genommen werden, wenn die Erlaubnis erteilt ist. Die Erlaubnis darf nur auf Zeit oder Widerruf erteilt werden. Sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden (§ 18 Absatz 2 NStrG/§ 8 Absatz 2 FStrG).
- 2) Die Erlaubnis kann insbesondere aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, des Straßenbaues oder aus städtebaulichen Gründen versagt oder widerrufen werden. Die §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleiben unberührt.
- 3) Die Erlaubnis erlischt durch Zeitablauf, Widerruf, Einziehung der Straße und Verzicht.
- 4) Die/Der Erlaubnisnehmer/in kann von der Stadt keinen Ersatz verlangen, wenn die Straße gesperrt, geändert oder eingezogen oder die Erlaubnis widerrufen wird.

§ 4

Pflichten der/des Erlaubnisnehmerin/Erlaubnisnehmers

- 1) Die/Der Erlaubnisnehmer/in hat auf Verlangen der für die Erlaubnis zuständigen Behörden die Anlagen auf ihre/seine Kosten zu ändern und die Kosten zu ersetzen, die der/dem Träger/in der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Hierfür kann die/der Träger/in der Straßenbaulast angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangen (§ 18 Absatz 4 Sätze 2 und 3 NStrG/§ 8 Absatz 2 a Sätze 3 und 4 FStrG).
- 2) Die/Der Erlaubnisnehmer/in hat Anlagen so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen.
Arbeiten an der Straße bedürfen der Zustimmung der/des Trägerin/Trägers der Straßenbaulast/der Straßenbaubehörde (§ 18 Absatz 4 Sätze 1 und 2 NStrG/ § 8 Absatz 2 a Sätze 1 und 2 FStrG). Sie/Er hat ihr/sein Verhalten und den Zustand ihrer/seiner Sachen so einzurichten, dass niemand gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen vermeidbar behindert oder belästigt wird. Sie/Er hat insbesondere die von ihr/ihm erstellten Einrichtungen sowie die ihr/ihm zugewiesene Fläche in ordnungsgemäßem und sauberem Zustand zu erhalten.
- 3) Die/Der Erlaubnisnehmer/in hat darauf zu achten, dass ein ungehinderter Zugang zu allen in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen möglich ist. Wasserabzugsrinnen und Kanalschächte sind freizuhalten. Soweit zur Aufstellung, Anbringung oder Entfernung von Gegenständen der Gehsteig oder die Fahrbahn aufgegraben werden muss, ist jede Beschädigung des Straßenkörpers oder der Anlagen, insbesondere der Wasserabzugsrinnen und der Versorgungs- und Kanalleitungen sowie eine Änderung ihrer Lage zu vermeiden. Die Stadt ist mindestens drei Tage vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benachrichtigen. Die Verpflichtung, andere beteiligte Behörden oder Stellen zu benachrichtigen oder deren Genehmigung einzuholen, bleibt unberührt.

- 4) Erlischt die Erlaubnis, hat die/der Erlaubnisnehmer/in alle von ihr/ihm erstellten Einrichtungen zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen.
- 5) Kommt die/der Erlaubnisnehmer/in mit einer ihr/ihm obliegenden Maßnahme in Verzug, ist die Stadt befugt, die zur Beendigung der Benutzung oder zur Erfüllung der Auflagen erforderlichen Maßnahmen anzuordnen (§ 22 NStrG/§ 8 FStrG). Die Anordnungen werden nach Androhung der Ersatzvornahme (§ 70 des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes - NVwVG -) in Verbindung mit § 70 Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG), gemäß § 66 Nds. SOG vollstreckt. Sind solche Anordnungen nicht oder nur unter unverhältnismäßigem Aufwand möglich oder nicht Erfolg versprechend, kann die Stadt den rechtswidrigen Zustand auf Kosten der/des Erlaubnisnehmerin/ Erlaubnisnehmers sofort beseitigen oder beseitigen lassen (§ 22 Satz 2 NStrG/§ 8 Absatz 7 a Satz 2 FStrG).

§ 5

Haftung

- 1) Die Stadt haftet der/dem Erlaubnisnehmer/in nicht für Schäden, die sich aus dem Zustand der Straßen und der darin eingebauten Leitungen und Einrichtungen für die/den Erlaubnisnehmer/in und die von ihr/ihm erstellten Anlagen ergeben. Mit der Vergabe der Fläche übernimmt die Stadt keinerlei Haftung, insbesondere nicht für die Sicherheit der von den Benutzerinnen/Benutzern eingebrachten Sachen.
- 2) Die/Der Erlaubnisnehmer/in haftet der Stadt für alle Schäden durch unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig gemeldete Arbeiten. Sie/Er haftet der Stadt für Schäden, wenn die Sondernutzung die Verkehrssicherheit beeinträchtigt. Sie/Er hat die Stadt von allen Ansprüchen freizustellen, die von dritter Seite aus der Art der Benutzung gegen die Stadt erhoben werden können. Sie/Er haftet ferner für sämtliche Schäden, die sich aus der Vernachlässigung ihrer/seiner Pflichten zur Beaufsichtigung ihres/seines Personales und der von diesen verursachten Verstößen gegen diese Satzung ergeben.
- 3) Die Stadt kann verlangen, dass die/der Erlaubnisnehmer/in zur Deckung des Haftpflichtrisikos vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachweist und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrechterhält. Auf Verlangen der Stadt sind ihr der Versicherungsschein und die Prämienquittung vorzulegen.

§ 6

Erlaubnis Antrag

- 1) Erlaubnis anträge sind bei der Stadt zu stellen. Die Stadt kann Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.

- 2) Wird durch die Sondernutzung ein im Eigentum eines Dritten stehendes Grundstück in Anspruch genommen oder in seiner Nutzung beeinträchtigt, kann die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis von der schriftlichen Zustimmung der/des Berechtigten abhängig gemacht werden.

§ 7

Erlaubnisfreie Sondernutzung

- 1) Keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen:

- a) Werbeanlagen, wenn sie höher als 3 m über dem Gehweg oder höher als 4,50 m über der Fahrbahn angebracht werden sowie sonstige in den Straßenraum hineinragende Werbe- oder Verkaufseinrichtungen und Automaten oder mit einer baulichen Anlage verbundene Werbeeinrichtungen bis zu einer Größe von 1 m, soweit sie innerhalb einer Höhe bis zu 3 m nicht mehr als 10 % der Gehwegbreite, höchstens jedoch 0,3 m, in den Gehweg hineinragen,
- b) Werbeanlagen, die vorübergehend an der Stätte der Leistung angebracht oder aufgestellt und nicht mit dem Boden oder einer baulichen Anlage verbunden sind, wenn sie in einer Höhe bis zu 3 nicht mehr als 10 cm in den Gehweg hineinragen. Von dieser Vorschrift werden erforderliche Baugenehmigungen nach der Niedersächsischen Bauordnung und der örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung zur Erhaltung des Stadtbildes der Innenstadt und zur Regelung der Außenwerbung in diesem Bereich nicht berührt und
- c) das Verteilen und der Verkauf von Handzetteln, Flugblättern und Schriften politischen Inhalts auf öffentlichen Straßen; diese Tätigkeiten sind vor Beginn der Stadt anzuzeigen. Wird diese erlaubnisfreie Sondernutzung beendet, hat die/der Sondernutzer/in alle von ihr/ihm erstellten Einrichtungen zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wieder herzustellen.

- 2) § 2 Absatz 3 bleibt unberührt.

§ 8

Einschränkung erlaubnisfreier Sondernutzungen

Sondernutzungen, die gemäß § 7 keiner Erlaubnis bedürfen, können eingeschränkt oder untersagt werden, wenn öffentliche Belange, insbesondere Belange des Verkehrs, dieses erfordern.

§ 9

Stellschilder

- 1) Innerhalb des Geltungsbereichs der örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung in der Stadt Lüchow (W.) ist je Geschäft nur ein Stellschild zulässig. Außerhalb des Geltungsbereiches der Gestaltungssatzung gelten diese Einschränkungen nicht.
- 2) Stellschilder dürfen die maximale Größe von DIN A 0 nicht überschreiten.

§ 10

Gebühren

- 1) Die Gebühren für Sondernutzungen, die der Stadt als Trägerin der Straßenbaulast und in Ortsdurchfahrten zustehen (§ 21 NStrG), richten sich nach der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Lüchow (Wendland).
- 2) Für die Erteilung einer Erlaubnis werden Gebühren nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung der Stadt Lüchow (Wendland) erhoben.

§ 11

Übergangsregelung

Sondernutzungen, für die vor In-Kraft-Treten dieser Satzung die Stadt eine Erlaubnis auf Zeit oder auf Widerruf erteilt hat, bedürfen keiner neuen Erlaubnis nach § 2 dieser Satzung.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten und Zwangsmittel

- 1) Ordnungswidrig gemäß § 61 Absatz 1 Nummer 1 und 2 NStrG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 eine Straße über den Gemeingebrauch hinaus ohne Erlaubnis benutzt oder erteilten vollziehbaren Auflagen nicht nachkommt.
- 2) Ordnungswidrig gemäß § 61 Absatz 1 Nummern 3 und 5 NStrG handelt auch, wer die Vorschrift des § 4 Absatz 4 missachtet oder erlaubnisfreie Zufahrten und Zugänge nicht vorschriftsmäßig unterhält. Festgestellte Verstöße können gemäß § 61 Absatz 2 NStrG mit einer Geldbuße geahndet werden.
- 3) Die Anwendung von Zwangsmitteln im Rahmen des § 70 NVwVG in Verbindung mit §§ 65 ff. Nds. SOG durch die Stadt bleibt unberührt.

§ 13

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Lüchow (Wendland) über Erlaubnisse für Sondernutzungen an Ortstraßen und Ortsdurchfahrten von 29. Juni 1983 außer Kraft.

Lüchow (Wendland), den 14.09.2005

STADT LÜCHOW (WENDLAND)

(Schultz)
Bürgermeister

(Schulz)
Stadtdirektor